



Beschlussvorlage öffentlich

Vorlage Nr.: BV/114/2022

Federführung: Dezernat II	Datum: 18.08.2022
Bearbeiter: Lena Schneider	

	Sichtvermerke
Beratungsfolge	Termin
Straßenbauausschuss	01.09.2022
Haushalts- und Personalausschuss	24.11.2022
Kreisausschuss	07.12.2022
Kreistag	14.12.2022

Abstandsmessanlage des Polizeikommissariats BAB Oldenburg (Rastede)

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird über den Haushalts- und Personalausschuss vorgeschlagen, für ein notwendiges Upgrade des bei dem Autobahnpolizeikommissariat Oldenburg eingesetzten Abstandsmessgerätes für das Haushaltsjahr 2023 Mittel in Höhe von 160.000 € im Produkt Kommunale Verkehrsüberwachung einzuplanen.

Finanzielle Auswirkungen (brutto) <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/> ja	Im Haushaltsplan enthalten <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung <input type="checkbox"/>	gez. Kappelmann
Einmalige Kosten	160.000,00 €	Investiv <input checked="" type="checkbox"/>	
Laufende Kosten			
Drittmittel (Zuschüsse)		Ergebniswirksam <input type="checkbox"/>	

Sachverhalt:

36/66 Sdr

Westerstede, den 18.08.2022

Abstandsmessanlage des Polizeikommissariats BAB Oldenburg (Rastede)

Das Autobahnpolizeikommissariat Oldenburg mit Sitz in Rastede führt für den Landkreis Ammerland seit 2013 Abstandsmessungen auf den Autobahnen A28 und A29 durch.

Die Messungen erfolgen aktuell mit dem Gerät VKS 3 der Firma VIDIT Systems. Die Beschaffung dieses Gerätes sowie des Messfahrzeuges (VW T5 Bulli) erfolgten auf Beschluss des Kreistages aus dem Jahr 2012 und wurden über das Produkt „Kommunale Verkehrsüberwachung“ finanziert.

Bei denen durch das Personal des Polizeikommissariats seit 2013 durchgeführten Abstandsmessungen wurden insgesamt seitdem rd. 12.000 Verstöße festgestellt. Nach wie vor sind Geschwindigkeitsüberschreitungen und zu geringe Sicherheitsabstände die Hauptursachen für Unfälle auf den Autobahnen, die häufig leider auch mit schweren und schwersten Unfallfolgen verbunden sind. Die hohe Zahl der festgestellten Verstöße bestätigt diese Entwicklung leider auch für die Autobahnen im Ammerland. Die Bußgeldeinnahmen aus diesen Verfahren beliefen sich im Gesamtzeitraum auf rd. 1,5 Mio. € (durchschnittl. ca. 185 T€ pro Jahr).

Der Leiter des PK BAB OL, Herr Diekmann teilte nunmehr mit, dass die für das Gerät erforderlichen (Video-)Aufnahmebänder sowie der benötigte Rekorder zum Abspielen, nicht mehr hergestellt würden. Es gebe derzeit noch Restbestände, die aufgebraucht werden. Es komme aber immer wieder vor, dass vorhandene Bänder überschrieben werden müssten. Dies führe in der anschließenden Auswertung allerdings zu erheblichen Verzögerungen, da die überschriebenen Bänder sich nicht mehr einwandfrei schneiden und zurückspulen lassen.

Die Firma VIDIT Systems empfiehlt den Umstieg auf das Nachfolgemodell VKS 4.5.

Ein Vorteil hierbei ist, dass keine Neuanschaffung des kompletten Systems notwendig wird. Die Firma hat bereits bestätigt, dass der verwendete T5 Bulli sowie die Hardware grundsätzlich noch gut zu verwenden sind und das Nachfolgemodell einfach integriert werden kann. Es wird daher von einem Upgrade des bestehenden Systems gesprochen. Die voraussichtlichen Kosten beziffert die Firma auf ca. 130.000 € bis 160.000 €.

Das Modell VKS 4.5. hätte weitere Vorteile gegenüber dem Modell VKS 3. Die eingebaute HD Kamera würde qualitativ hochwertigere Aufnahmen von Kennzeichen und Fahrer liefern sowie die Messungen witterungsunabhängiger machen. Darüber hinaus könne mehr Zeit bei den Abstandsmessungen investiert werden, da sich die Auswertung der Aufnahmen schneller und einfacher gestaltet.

Sofern das vorhandene Modell VKS 3 oder die dazugehörigen Elemente, wie z.B. der Rekorder oder die Aufnahmebänder kaputt gehen, wäre eine Reparatur nicht mehr möglich und eine Neuanschaffung würde zwingend notwendig. Bis hierzu die Planungen umgesetzt und die erforderlichen Mittel bereitgestellt sind, könnten dann keine Abstandsmessungen durch die Autobahnpolizei mehr vorgenommen werden.

Aufgrund dieser Sachlage wird vorgeschlagen, bei einem positiven Votum des Straßenbauausschusses die erforderlichen Mittel in Höhe von 160.000 € direkt über den Haushalts- und Personalausschuss für eine Einplanung in den Haushaltsplan 2023 anzumelden und ein entsprechendes Upgrade im nächsten Jahr zu beauftragen.